

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. November 1920

Einzelgenpreis: Berlin, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobeanzeigen 50 Pf. die fünfgehaltene Seite; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 135

Neubestellungen auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugpreis 30 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich. Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postanstalt!

Die Tagung des Tarifausschusses

1. Einleitendes

Man fragte uns: Hätte das gleiche nicht mit weniger Seife, Energie, Nervenaufwand und Kostenaufwand erreicht werden können? Gewiß ist, daß zu Anfang, in der Generaldebatte, gute Reden flogen, die idealistisch durchglüht waren, aber auf materialistisch bestellten Boden fielen. Gewiß ist auch, daß manche rednerische Anstrengung in den vier Wochen ohne Schaden zu entbehren war. Sicher jedoch haben die Prinzipale in der ersten Woche das so schnell geflügelt gewordene Wort von der Hebung der Produktion fallch praktiziert, indem sie durch den gegen die Gewährung einer neuen Steuerzulage an sich und gegen ihre Bemessung im besondern effektivsten Widerstand die Produktion des Tarifausschusses gehemmt haben. Daß der eine, im Formalismus ersinkende Prinzipal just es sein mußte, der da meinte, in drei Stunden über den Schmerzenspunkt der Steuerzulage hinwegzukommen, war einer von den vielen Treppenwüthen der Tarifgeschichte. Während die ökonomischen Buchdrucker uns ganz kurz zuvor bewiesen hatten, daß bei Beratungen über Steuerzulagen an einem Tage schon ein brauchbares Ergebnis erzielt werden kann, zeigten sich unsere Prinzipale von der alten Schwerfälligkeit, zu einem Entschlusse zu kommen. Der erste Teil der Tarifverhandlungen ist also unbefreiend so lang gewesen.

Die Gestaltung des neuen Tarifs aber konnte im allgemeinen nicht viel schneller vor sich gehen, denn es stand von vornherein fest, daß die Maschinenleger- und die Druckerfragen Schwierigkeiten bereiten würden, die dann noch erhöht wurden durch die im einzelnen erst am vierten Verhandlungstage bekannt gewordenen wirklichen Prinzipalsanträge. An dem Maße der von der Hauptkommission, die die allgemeinen Bestimmungen und sonst alle prinzipiellen Fragen des Tarifs zu erledigen hatte, geleisteten Arbeit ging es allerdings bei den Maschinenlegern und bei den Druckern zu langsam voran.

Es ist nach den diesmal gemachten Erfahrungen zu prüfen, wie der Apparat mit den Experten beweglicher gestaltet werden kann. Das Zusammenarbeiten ist ein gutes gewesen. Wie die Gehilfen sowie die Organisationsvertreter auch die Sparteninteressen verfochten haben, das hat einer der Maschinenlegerexperten in einer der vielen Gehilfenbesprechungen ja rühmlich anerkannt. Es handelt sich also in der Hauptsache um ein vereinfachtes Verfahren. Die Möglichkeit hierfür müßte schon in den Spartenkongressen zu finden sein.

Indes ist lange Verhandlungsdauer auch unter einfacheren Verhältnissen jetzt nichts Seltenes. So sind in der Herrennäch- und Damen Schneider zur Herbeiführung neuer tariflicher Vereinbarungen im vergangenen Jahre schon 20 Tage notwendig gewesen (Krafft).

Unser Rekord vom Jahre 1911 bei der Tarifrevision mit 13 Tagen ist nun freilich kühnlich geschlagen worden. Eine Tarifhäudigung bedeutet allerdings mehr, und die nach achtjähriger Tarifdauer sich notwendig machenden Veränderungen sind umfassenderer Natur. Dazu kommt, daß der Geist der neuen Zeit Niederschlag finden sollte bei der Erneuerung der Tarifgemeinschaft. Wenn gerade hierin das Ergebnis von Berlin hinter den (bisweilen zu hoch gefolgerten) Erwartungen zurückgeblieben ist, so macht das Ringen darum dennoch einen beträchtlichen Faktor im Zeitverbrauch aus. Jedenfalls hätten die bis zur geistigen Auspumpung erschöpften Vertreter beider Parteien sich gern die Dual so langer Verhandlungen verringert, wenn eben der Interessensstreit nicht mit solcher Unerbittlichkeit hätte geführt zu werden brauchen. Und daß einer der Neuen auf unserer Seite in einer Sonderberatung gegen

den Schluß der Tagung hin freimüßig erklärte, für ihn seien die Verhandlungen ein Stück schärfsten Klassenkampfes gewesen, so wird das von denen mit der Moskauer Kinderfibel zwar überlegen belächelt werden, denn Verhandeln mit Unternehmern soll neuerdings ja ein Zeichen gewerkschaftlicher Dekadenz sein. Aber wie das mit der allgemeinen Auffassung über den Parlamentarismus schon in Widerspruch steht, so hätte dieser Standpunkt eigentlich zur Folge, daß die Seiten, wo die Unternehmer nicht verhandelten mit Gewerkschaftsvertretern, sondern einfach „ihren“ Arbeitern im Betriebe diskutierte, als die idealeren angesehen werden müßten. Wir halten es mit der Meinung des gedachten Kollegen und richten nach den Berliner Tagen den Blick fester nach vornwärts! Was der „Korr.“ am 26. April 1873 nach eben beendigt, in seiner Art eigentlich einzigen erfolgreichen Kämpfe gegen die Prinzipalität schrieb: Daß die Zukunft den Arbeitern gehöre, unterschreibe er aus innerster Überzeugung; „können wir diese Zukunft durch die Macht der Überzeugung, durch parlamentarische Kämpfe erreichen, warum sollten wir nicht darauf eingehen?“ kann auch für unsere Tage noch sehr wohl gelten.

Die hiermit beginnende Abhandlung über die Tagung des Tarifausschusses soll das Zustandekommen der Beschlüsse materienweise erläutern und im allgemeinen einen näheren Einblick in die Verhandlungen sowie in ihre Schwierigkeiten ermöglichen, soweit das „mit der Nützlichkeit der Sitzungen vereinbar“ ist. Es werden in nächster Nummer über die einzelnen Teile des Tarifs und über ihre Formung in den Kommissionen spezielle Abschnitte gebracht werden. Da der ganze Tarifausschub in Kommissionen aufgeteilt war und in diesen die Hauptarbeit für die Vorlagen an das Plenum geleistet worden ist, so hat ein einzelner diesmal kein sicheres Urteil, warum es im speziellen so oder so gekommen ist. Wir haben daher Vorzüge getroffen, daß eine durch die Verhältnisse ganz erklärlie Lücke ausgefüllt wird. Da es gar nicht anders geht, daß der größere Teil der Drucker von der mündlichen Berichterstattung ausgeschlossen bleibt, so halten wir es im Hinblick auf die Urabstimmung für unsere Pflicht, nach aller Möglichkeit für Aufklärung zu sorgen und damit die Beschlusprotokolle zu ergänzen. Es wird das in leicht orientierender Form geschehen.

Wenn in einer der nächsten Nummern der neue Tarif zum Abdruck gelangt und sich da dem genau Vergleichen zeigen wird, daß doch vieles so ist wie im alten Tarif von 1912 einschließend der Nachträge in Sessform bis zum blauen vom Mai 1920, dann ist wohl zu bedenken, was alles dazu gehört hat, bis in so manchem die bisherigen Bestimmungen aufrechterhalten, vor den starken Verdrückterungsabfällen der Prinzipalsvorlage bewahrt werden konnten. Das hierfür erforderliche gewisse Zeitalter erklärt sich erklärlicherweise der Beurteilung des nicht direkt an den Verhandlungen Beteiligten.

Wir haben diesmal bemängeln hören, daß die Beschlusprotokolle keine Reiter angeben; manche meinen, früher sei das anders gewesen. Um dieser falkchen Annahme nicht weiteren Raum zu lassen, sei gesagt, daß seit langer Zeit diese Form der Protokollveröffentlichung üblich ist, und im Tarifausschub auch keine Beanstandung gefunden hat. Die Nennung von Namen könnte den Anfang der Protokolle nur noch erweitern, wäre überhaupt in vielen Fällen nicht möglich; überdies sind doch die Verhandlungen nicht öffentlicher Natur. Aber Gewerkschafterkongressen berichtigter „Korr.“ übrigens auch, in zusammenhängender Weise, wie es das Tarifausschub bzw. dessen Geschäftsleiter unter Gegenzeichnung der beiden Vorsitzenden über die Sitzungen des Tarifausschusses tut; jedenfalls auf einen schon recht lange zurückliegenden Beschlus hin. Dadurch ist noch ein anderer Irrtum widerlegt, nämlich, daß die Redaktion des „Korr.“ die Beschlusprotokolle aufnimmt.

Aus unserer Abhandlung mögen weiter diejenigen Mitgliebschaften oder Artikelschreiber, die in ihrer Beurteilung der Beschlüsse entweder übertreiben oder die Dinge mehr oder weniger falsch sehen, eine Korrektur erbitten. Das kann nicht soundso oft durch Randbemerkungen geschehen,

muß vielmehr vereinfacht werden. Wer nicht sachlich bleibt oder gar zu sehr irrt in seiner Auffassung, muß sich jedoch Abweilung gefallen lassen.

2. Die Vorarbeiten

Unsre Generalversammlung in Nürnberg im Juni hatte im Verein mit den Spartenkongressen ein Programm für die Tarifberatungen aufgestellt, das auch den mit großen Schwingen einer besseren Zukunft zustrebenden genügen konnte. Die Gewerkschafterkonferenz im September hat dann mit besonderer Unterstützung durch eine nochmalige ideale Kommission dafür gesorgt, daß von dem Nürnberger Geiste nicht viel verloren geht. Die Maschinenleger gingen für ihre Forderungen, namentlich für die Verstärkung der Arbeitszeit, noch in den letzten Wochen vor dem Zusammentritte des Tarifausschusses kräftig ins Zeug durch Verammlungen allenthalben.

Die Prinzipale dagegen hieltten Ende September in Bad Deynhausen Kriegsgraf in Form einer außerordentlichen Hauptversammlung. Man ist dort gar nicht zimperlich gewesen im Aufstellen von prinzipiellen Notwendigkeiten. Eine gleich nach der Gewerkschafterkonferenz von Prinzipalseite nachgesuchte Aussprache mit einer Gehilfenvertretung scheint aber in diesem oder jenem Punkte dafür gesorgt zu haben, daß die Prinzipalsbäume in Deynhausen nicht zu sehr in den Himmel wuchsen. Als dann die Prinzipalsanträge in Form der famosen nur elf Punkte veröffentlicht wurden und die „Zeitschrift“ darüber viel Ruhmens machte von „klarer und gedrungener Fassung“, da mußten wir schon, was die Glocke geschlagen hätte und haben das näher ausgesprochen in dem Artikel „Zu den Tarifberatungen“ (Nr. 120). Trotzdem ging es auch uns über das Bohnenfeld, als am vierten Verhandlungstag in den Kommissionssitzungen durch mehr oder weniger starken Druck der Gehilfenseite endlich die Prinzipalität mit ihrem ganzen Tarifentwurf herausrückte. Sein Inhalt stand ganz und gar nicht mit der Farbe des Papiers (rot) in Einklang, bedeutete in ausschlaggebenden Punkten einen Nielsenprung nach rückwärts. Es ist höchst bezeichnend, daß die Prinzipale mit ihrer Vorarbeit so lange zurückhielten. Die charakteristische Beurteilung dieser Leistung von Deynhausen später durch zwei Prinzipalsführer war auch ein „Merkturteil“. Der Tod Kohlers kann aber nicht als Entschuldigung dienen, daß die Tarifvorlage der Prinzipale in Deynhausen einen solchen Geist erhielt, während ihre Ausarbeitung durch zwei fogar als Referenten fungierende Prinzipalsvertreter das Fehlen Kohlers geradezu drastisch verdeutlichte.

Mit der weißen Gehilfenvorlage, deren Aufbau von einem Prinzipalsführer ungeschminkte Anerkennung gefolgt wurde, und der roten Prinzipalsvorlage andererseits als stärkstem Gegensatz zueinander sowie der von den Maschinenlegern bis zur letzten Bindung getriebenen Stellungnahme belastet, ging das schwere Stück dann in Szene.

3. Die Vorbesprechungen

Vom 23. Oktober, dem ersten Tage der gehilfenseitigen Vorberatung, bis zum 19. November, dem letzten Tage der Plenarverhandlungen, was ist da alles vorübergezogen an Erwägungen und Vorschlägen, guten und andern Reden, scharfen Redegefächeln und drastischen Wortgefechten, an Experimenten mit Ziffern und Ausrechnungen, an Versuchen gegenseitiger Aufklärung und von Belehrung und Belehrung, an richtigen und falschen Behauptungen, an Glendebildern aus dem Leben der Arbeitenden und Kälzimmer noch aus dem der zahlreichen Arbeitslosen, an Behauptungen kühnen Vornwärtsdrängens und rückwärtsdrängenden Beharrens bis zu direkt reaktionärer Gesinnung andererseits? Zu beschreiben ist das kaum.

Mit den Vorbesprechungen nahm dieses in keiner Art grandiose Kaleidoskop seinen erst nur schwachen Anfang. Aber mancher der Neuen hat hier bereits „causa endra“ Geschmäc von dem bekommen, was für die nächsten Tage zu bevorstand. Säfte man auf Prinzipalseite den Leuten aus der Provinz, um die sich mehr als jemals bei uns um die Sparten jetzt drüben alles dreht, welche die-mal so gar kalträlligen Anschlus aus den Reihen der Großstadt-

Vertreter vermerken konnten, da schon so deutlich von führender Stelle erklärt wie in einem späteren Stadium, daß mit vorherigem Festlegen gar nichts getan ist, daß zum Verhandeln eben zwei Gebühren, sonst könnte man einfach zu Saule bleiben, dann wäre es doch nicht so schwer geworden, mit den Verhandlungen vorwärts zu kommen. Dieser etwas späte Rippenstoß zum Vernunftannehmen entbehrt nicht ganz seiner Anwenbarkeit auch für unsre Seite, wengleich bei uns die Geschlossenheit innerlich wie äußerlich viel größer war und die gesunde Vernunft auch ohne Siegfriedhorn sich regte.

In der Vorbereitung der Gehillen kam eine große Menge von Fragen und Vorgängen zur Erörterung. Wir nennen die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche von Schlichtungsausschüssen; die Amtsgerichte verlangen bei Durchführung von solchen Schiedsprüchen meistens, die Schlichtungsausschüsse leisten sich manche Absonderlichkeit bei den Schiedsprüchen. Die Konferenz erklärte sich für Ausbau des Verfahrens. Die indirekte Streikarbeit hatte eine längere Debatte im Gefolge. Wenn bei dem Streik im Berliner Zellungsgewerbe die Solidaritätsaktion der Buchdrucker als eine Notwendigkeit anerkannt wurde, was in erster Linie die Schlappe der Zellungsverleger herbeigeführt hat, so liegen die Dinge doch anders, wenn (wie in Leipzig, Bremen und nachfolgend in Berlin) weite Gruppen von Arbeitern durch Streiks von Elektrikern- und Gasmerksarbeitern außer Tätigkeit gesetzt werden. Es müsse da unterschieden werden zwischen in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden und eigener Sympathiebekundung. Der Gewerkschaftsbund habe hier für möglichst klare Richtlinien zu sorgen, weil mit dem Begriffe der indirekten Streikarbeit leicht auch über das Ziel geschossen werden kann. Die Papierfrage in Verbindung mit dem neuen Kartmann-Konzern wurde ebenfalls in den Kreis der Beratung gezogen und eine nennenswertere Verbilligung der Hauptmaterialien als Voraussetzung für Schaffung von mehr Arbeitsgelegenheit bezeichnet. Die Arbeitslosigkeit selbst fand längere Diskussion. Das wechselseitige Aussehen hatte Befürworter und Gegner; die letzteren befürchteten mehr Nachteile davon für die Allgemeinheit als Vorteile für die Arbeitslosen.

Eine Aussprache über den Druckpreistarif wie diesmal war etwas Neues. Es zeigte sich, wie schwer es fällt, hier einwandfreies Material aus der täglichen Praxis zu erlangen. Trotzdem konnte unter Berücksichtigung aller Umstände gesagt werden, daß der Druckpreistarif zu hoch ist. Es wurde auch kritisiert, wie die Prinzipale die sogenannte Verkaufsstunde errechnen. Immer häufiger würde dadurch die zum Widerspruch herausfordernde Gegenüberstellung vom Publikum und auch von den Kollegen vorgenommen: Verkaufsstunde für Werke, Zeitschriften (Satz) in einem Orte wie Leipzig 16 Mk., Lohnstunde 4,85 Mk. Auch im Gehillenseitigen liege es, daß ein anderer Modus und eine andre Bezeichnung Maß greife. Es müsse „Produktionsstunde“ gesagt werden, womit deutlicher gemacht wird, daß alle Material- und Herstellungskosten, Abgaben, Unternehmerverdienst und der Lohn darin ausgedrückt sind.

Die zu fordernde Steuerungszulage mit sorgfältiger Einführung stand natürlich im Mittelpunkt der Vorbereitung. Es wurde vorgeschlagen, einen festen Betrag (nicht eine prozentuale Erhöhung) zu fordern, damit die Provinz nicht wieder über Benachteiligung klagen könne. Die Lohnspannung zwischen den kleinsten und den größten Druckorten sei überhaupt viel zu groß und müsse verringert werden. Es gebe Industriorte, deren Einwohnerzahl wohl nicht groß sei, die jedoch abnorm teure Verhältnisse haben. Die Benennung der Steuerungszulage ergab verschiedene Vorschläge. Bei den am höchsten laufenden Sätzen wurde von der Ansicht ausgegangen, daß im Fall eines Schlichtungsverfahrens mit Halbierung der erhobenen Forderung gerechnet werden müsse. Für die niedriger gehaltenen Sätze wurde geltend gemacht, daß mit dem Handeln aufgehört werden müsse. Schließlich wurde mit Mehrheit die zu stellende Forderung auf 50 Mk. bemessen.

Eine Menge von Nebenfragen, worunter auch das Abwandern von Berliner Druckausführern nach Leipzig und in die Provinz eine Rolle spielte, erledigte die Konferenz im geeigneten erhellenden Sinne. Nach Beendigung der Vorbereitung am zweiten Tage befristeten die Teilnehmer das vor kurzem fertiggestellte Grabdenkmal Emil Mühlins, des unvergesslichen Gehillenseitigen bei so vielen Tarifbewegungen.

Die Prinzipale haben auch eine Vorbereitung abgehalten. Bestimmte Verlautbarungen darüber kamen uns nicht zu Ohr.

4. Die Zusammenfassung des Tarifauschusses

Da auf Wunsch des Deutschen Buchdruckervereins diesmal die Zahl der Organisationsvertreter erhöht wurde, so ergab sich eine Teilnehmerzahl von 64 Personen, hierunter auch drei Vertreter der Hilfsarbeiter. Die Vertretung aus dem Saargebiet war aus den besonderen Verhältnissen dort diktiert; es dürfen keine Verhandlungen abgehalten werden.

Auf Prinzipalseite waren neun Nebenvertreter. Durch Auswecheln erhöhte sich diese Zahl noch. Für die Verhandlungen war das kein Vorteil, denn die Neulinge wählten nicht, was in den Kommissionen, denen sie zugeleitet wurden, vorher alles verhandelt war. Die Provinz hat aber so eine reichliche Vertretung gehabt; ein weiteres Erdwermis für den Verhandlungsgang. Der Gehillenseitige hielt das Fernbleiben des Geheimrats Bürgenstein auf; hatte er doch am 11. September an der schon erwähnten Aussprache mit teilgenommen und in Deynhausen sogar als Tarifreferent fungiert. Es muß da wieder viel hinter den Kulissen gespielt haben.

Auf Gehillenseite waren zwölf neue Männer erschienen, unter Einfluß eines notwendig gewordenen Ersatzmanns. Das hatte bei manchen von den älteren Teilnehmern angeleitet der Schwere der diesmaligen Verhandlungen ein Gefühl der Befürchtung ausgelöst. Jedoch kann nach den Tarifberatungen erleichtert gesagt werden, daß alle Neulinge ihren Mann gestanden haben und zum größten Teil auch mit ihren Reden gut abschnitten. In bester Weise gilt das von dem zweiten Verbandsvorliegenden Krauß, der mit seiner schmutzigen, aber gleichförmigen und abgemessenen Redeweise, mit seinem Gelächern in den Kommissionen beim Unterhandeln und Verhandlungsgleiten förmlich überrollte. Da im Verlaufe dieser Abhandlung auch einmal ein kritisches Wort von uns gesagt werden muß, was im vorausgehenden schon zum Teil geschehen ist, so halten wir uns verpflichtet, auch mit Anerkennung nicht zurückzuhalten. Für den ersten Verbandsvorliegenden Seib haben sie die Prinzipalseite zum Ausdruck bringen lassen, indem sie ihm die Kritik gaben, daß erst unter seiner Leitung die Verhandlungen so groß geworden waren, wovon die Beharrlichkeit des Kollegen Seib bei Vertreten von Positionen der Gehillenseite gestrotzt sein soll.

Daß ein Apparat von 64 Personen den ganzen Tarif in seinen verschiedenen beruflichen Disziplinen durchberaten und neuentwerfen könnte, wäre natürlich ein parlamentarisches Un Ding. Der Fortgang der Arbeit ist vielmehr sehr wesentlich gefördert worden durch die Aufteilung des gesamten Plenums in Kommissionen, deren Zahl bis zum Schluß der Verhandlungstage auf zwölf angesetzt war, ohne die nicht offiziellen von beiden Seiten, die sich zur Nachprüfung der Beschlüsse und Protokolle usw. notwendig machten. Die Experten der Sparten wurden in der zweiten/dritten Woche nach Berufung verleiht oder neue Kommissionen für ihre Tätigkeit gebildet, was für die kleineren zutrifft. In den Kommissionen ist dann so intensiv gearbeitet worden, wie es im Plenum gar nicht möglich hätte sein können. Es war für Sachkundige auf allen Gebieten gefordert worden; auch für Druckpreisfragen fanden uns besondere Experten zur Verfügung.

5. Die Generaldebatte

an den drei ersten Verhandlungstagen (25. bis 27. Oktober) hat im Beschlusprotokoll so anschauliche Wiedergabe gefunden, daß ein weiteres Eingehen darauf uns zu lange von der Behandlung der einzelnen Materien abhalten würde. Das muß jedoch vermieden werden. Es wird aber von uns darauf zurückgegriffen werden, soweit es bei den verschiedenen Punkten noch erforderlich erscheint. Auf die im allgemeinen von hohem Schwung und großer Festigkeit zeugenden Ausführungen der Gehillenseitigen antworteten die Prinzipale maß. Es war ein Auswechseln im großen und vor den großen, die Arbeiterschaft bewegenden Fragen in besonders. Weltanschauungsgegenstände von großer Tiefe tauchen sich auf. Gewiß gab es auch von Prinzipalseite manche bemerkenswerte Rede; das gilt namentlich von den beiden Zellungsverlegern. Aber das Ganze und der Aufmarsch der Provinz im besondern frugen doch zu sehr den Stempel des Hergebrachten. Einige der führenden Prinzipale ließen durch Äußerungen indes erkennen, daß sie eher schon wie die andern das Wesen der neuen Zeit verstehen.

Beschlufsprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifauschusses der Deutschen Buchdrucker vom 25. Oktober 1920 und folgende Tage in Berlin

Funfundzwanzigster Verhandlungstag

(Freitag, den 19. November)

Es wird mit der zweiten Lesung des Tarifentwurfs begonnen.

Su § 1 Ziffer 9 des korrigierten Entwurfs werden gehillenseitig Änderungsanträge gestellt, die abgelehnt werden.

Beschlossen wird, die Ziffern 5 und 6 des § 5 als Ziffern 5 und 6 in den § 4 zu übernehmen.

Die Bestimmungen über die Montagsetzungen sollen in § 5 übernommen werden. Ein dazu eingereicherter Änderungsantrag der Gehillen:

Durch die Beschäftigung an Montagsetzungen darf eine Verlängerung der geschlossenen Arbeitswoche von 48 Stunden oder der geschäftstäglichen kürzeren Arbeitszeit nicht stattfinden. Durch letzte Vereinbarung zwischen Geschäftsführung und Personal ist ein Ausgleich an

Arbeitszeit innerhalb der betreffenden Woche zu regeln. Die Ausschläge für die Arbeit an Montagsetzungen bleiben hiervon unberührt, wird abgelehnt.

Die Ferienbestimmung wird genehmigt und wird in Abänderung I des Tarifs übernommen. Der Gehillenseitige, Insulin wie Nonparelle zu berechnen, wird abgelehnt.

In den § 45 der ersten Vorlage die Ziffer 5 aus § 48 des alten Tarifs zu übernehmen, wird abgelehnt. Es wird aber gehillenseitig dazu erklärt, daß man der Auffassung sei, daß der Tarif nur minimale Leistungen vorbehe und es deshalb ganz selbstverständlich sei, daß auch die Leistungen der Montagsetzer nur die minimalen Leistungen darstellen und entsprechend dem Können des einzelnen gesteigert werden können.

Zu der gehillenseitigen Anregung, die Arbeitsräume für Maschinenleger in englischer und sanitärer Beziehung zweckmäßig auszugestalten, wird prinzipalseitig die Erklärung abgegeben, daß man bereits während der Verhandlungen in den „Zellungsverlag“ einen Artikel gegeben habe, der zufolge der Kommissionsverhandlungen die Prinzipalpartei aufzufordern, in dieser Beziehung ihr möglichstes zu tun. Die Angelegenheit wird damit für erledigt erklärt.

In der weiteren Beratung werden sämtliche noch zur Verhandlung stehenden Anträge, soweit sie in der Abänderung II enthalten sind, angenommen.

Zu § 53 wird nachträglich noch beantragt, das Wort „Tiefdruckmaschinen“ zu streichen. Der Antrag wird angenommen.

Aber § 54 wird wiederholt eine Aussprache über die Belegung der Schnellpressen und Ziegeldruckpressen herbeigeführt, weil prinzipalseitig beantragt wird, diese Bestimmung anders zu formulieren und die zwei Ziegeldruckpressen überhaupt aus dieser Bestimmung zu streichen.

Nachdem gehillenseitig erklärt worden ist, daß man unter allen Umständen auf dieser Fassung bestehen bleiben müsse, aber hinzugefügt wird, daß eine solche Belegung der Maschinen und Ziegeldruckpressen doch nur bei voller Produktion verlangt werde, kommt es zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Der Prinzipalentscheidungsantrag, die Ziegeldruckpressen zu streichen, wird abgelehnt.

Ein weiterer modifizierter Prinzipalentscheidungsantrag:

Der Drucker soll in der Regel nicht mehr als eine Schnellpresse oder zwei Ziegeldruckpressen bedienen, sofern darauf bessere Arbeiten hergestellt werden, wird ebenfalls abgelehnt.

Zu § 54 wird folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

Der Begriff „in der Regel“ soll so verstanden werden, daß bei einfachen Arbeiten in größerer Auflage, die keine andernde Beanspruchung erfordern, der Drucker zu andern ihm zustehenden Arbeiten herangezogen werden kann.

Die Sonderbestimmungen für Stereotypen und Galvanoplastiker werden angenommen. Bezüglich der Autoplate wird folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

Durch die in den Buchdruckerentwurf aufgenommenen Sonderbestimmungen für Stereotypen werden die Plätze, an denen bisher Hilfsarbeiter standen, nicht von Gehillen beletzt, sofern noch vollwertiges Hilfspersonal, das vorher die gleiche Tätigkeit ausübte, vorhanden ist. Für den Fall, daß bodenständiges Hilfspersonal nicht vorhanden ist, treten an die freiwerdenden Plätze Gehillen.

Bei den Sonderbestimmungen für Korrektoren wird beantragt, den Satz vom Berechnen der Korrektoren zu streichen, weil für das Berechnen keinerlei tarifliche Unterlagen vorhanden seien. Der Antrag wird angenommen.

Bei § 65 das Wort „möglichst“ einzuschalten, wird abgelehnt.

Abänderung im Tarifauschuß. Es wird prinzipalseitig beantragt, das Stimmverhältnis zu verändern, und zwar dergestalt, daß von jeder Partei mindestens sechs Mitglieder zugestimmt haben müssen, wenn ein Antrag als angenommen zu gelten hat.

Der Antrag wird angenommen.

Bei

§ 73

soll gesagt werden Sachauschuß statt Sachkommission.

§ 74.

Der Antrag, in Ziffer 4 zu fügen, daß das Tarifamt nur über Anträge auf Ausschluß zu entscheiden habe, wird abgelehnt.

Die Bestimmungen für die Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise werden angenommen, ebenso die Abänderung über die Stillschließensdauer des Tarifs.

Auch der Reichsstatut für das Hilfspersonal wird nach Ablehnung einiger Änderungsanträge angenommen. Damit sind sämtliche Teile des Tarifs in zweiter Lesung angenommen.

Gehillenseitig wird vor Schluß der Verhandlung nochmals in Anregung gebracht, den Gehillen wenigstens ab Januar eine neue Steuerungszulage zuzugestehen.

Die Prinzipalpartei erklärt, daß sie zu ihrem großen Bedauern nicht in der Lage sei, eine derartige Bewilligung in Aussicht stellen zu können.

Vor der Abstimmung nimmt ein Prinzipalvertreter nochmals das Wort, um auf die Wichtigkeit dieser Handlung hinzuweisen. Er meint, daß die Prinzipalpartei eingangs der Verhandlungen von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß die Gehillenseite nach Bewilligung der Steuerungszulage bereit sein werde, tarifliche Verbesserungen insoweit zu beschließen, daß damit dem Gewerbe aufgeholfen werden könnte. Gehillenseitig glaubt man

aber in ihrem Kreise die Schwierigkeiten damit zu beheben, daß man die Arbeitslosen unterzubringen versucht. Die Prinzipalität muß aber auf eine Verbilligung und Hebung der Produktion hinarbeiten, wenn sie die ihr auferlegten tariflichen Pflichten wirklich erfüllen soll. Die Prinzipalität bezweifelt, daß der Weg, den die Gehilfenschaft in der Verhandlung beschritten hat, der richtige ist. Nach Ansicht der Prinzipalität wird der abgeschlossene Tarif zur Milderung von Druckaufträgen führen, da insbesondere der Maschinenfabrik wesentlich verwehrt worden sei. Dies würde natürlich auch zur Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit für die Gehilfen führen. Die Prinzipalität hebe weiter vor der Frage, wie die Erwerbslosen in die Betriebe aufzunehmen seien. Allen diesen Tatsachen gegenüber vertritt die Prinzipalität die Auffassung, daß, wenn es in der Gehilfenschaft nicht bald zu einer Umkehr in der prinzipiellen Behandlung der tariflichen und gewerblichen Angelegenheiten kommt, von einer Aufhebung der gewerblichen Verhältnisse nicht zu reden sein wird. Trotzdem wird ein Teil der Prinzipalvertreter von seinem oppositionellen Standpunkte zum Tarifabschluss in der Abstimmung keinen Gebrauch machen, weil man der Aufhebung der Tarifbindung keine größere Wichtigkeit beimessen will, die eine weitere Erschlüpfung des gewerblichen Lebens nicht vertragen.

Nach dieser prinzipialistischen Erklärung wird zur Abstimmung geschritten. Der Tarif wird mit übergroßer Mehrheit, gegen nur wenige Stimmenhaltungen, angenommen.

Der Prinzipalvorsitzende schließt hierauf die Verhandlungen mit Worten des Dankes für die geleistete Mitarbeit und hält sich zu der Feststellung berechtigt, daß beide Teile bemüht gewesen sind, die Unterlagen für eine Verständigung zu finden. Wenn es dabei auch ohne Kampf und Reibungen nicht abgegangen sei, und wenn auch viele Schwierigkeiten auf beiden Seiten in den Beratungen nicht in Erfüllung gegangen sind, so müßten doch alle Verhandlungsteilnehmer bemüht sein, für die hier gefassten Beschlüsse mit aller Wärme einzutreten und sich der hohen Verantwortung bewußt zu sein, die ihnen bei Vertretung der Beschlüsse obliegt. Alle Verhandlungsteilnehmer müßten dafür eintreten, daß Ruhe und Ordnung in den Betrieben forbestehen, und daß dem Buchdruckgewerbe der so notwendige Frieden gewährleistet sei. Den Verhandlungsteilnehmern wünsche er glückliche Heimkehr!

Seitens der Verhandlungsteilnehmer wird dem Präsidium für die während der Verhandlungstage geleistete Arbeit aufrichtiger Dank der Verhandlungsteilnehmer ausgesprochen.

Die Verhandlungen werden hierauf durch den Vorsitzenden für geschlossen erklärt.

Berlin, 19. November 1920.

B. G. U.

Kans Keenemann,

Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,

Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Vergleich unserer Löhne mit denen der Arbeiterklasse anderer Berufe.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) In der Versammlung am 7. November begrüßte Kollege Stern den anwesenden Vorsitzenden der Maschinenfabrikervereinsvereinigten Südb. Nach kurzen Mitteilungen über die bisher bekannt gewordenen Tarifverhandlungen meinte der Vorsitzende, daß wir Maschinenfabriker allen Anlaß hätten, pessimistisch gestimmt zu sein. Als Kandidat für den Gauvorstand wurde wiederum unser langjähriger Vertreter Kollege Braun einstimmig aufgestellt. Nachdem der Vorsitzende noch interne Vereinsangelegenheiten erledigt und auf den Streik der Elektriker hingewiesen hatte, hörte die Versammlung einen Vortrag des Herrn Dr. Dietrich: „Selbst die Seine, der Dichter der Revolution“. An der Hand der herrlichsten Gedächtnisbilder dieses großen Reichspeters und hervorragenden Vorkämpfers seiner Zeit zeigte der Vortragende, wie Seine mit seinen Strophen in die früheren Revolutionen wuchtig eingegriffen hat, und wie er die Freiheit und die Vorgeschiede der Arbeiterbewegung mit erkämpften hat. Redner verstand es, bis zu Ende seines Vortrags die Zuhörer zu fesseln. In der bis nach dem Vortrag ausgelegten Diskussion konnte Kollege Reinthal als Experte über die Tarifverhandlungen noch einige Mitteilungen machen. Hierauf erledigte der Vorsitzende noch einige Anfragen. Zur Aufnahme meldeten sich sieben Kollegen. Nächste Versammlung am 28. November.

Burgau. In der letzten Versammlung beschäftigte sich u. a. mit der jetzigen Tarifrevision, insbesondere der Erhöhung der Feuererzulassung. Kollege Zukovskij erläuterte an Hand des Schlußprotokolls die wichtigsten Punkte, insbesondere die Vorschläge der Prinzipale in puncto Stundenentlohnung und Prämienhöhen. An selbstbesprochenen Beispielen kritisierte der Vorsitzende sodann das Prämienlohn, hauptsächlich für die Druckerkollegen, wie auch die gemüßigte Stundenentlohnung der Prinzipale dahin führen werde, die Gehilfenschaft so richtig in die Hände der Unternehmer zu liefern. Die ausgiebige Debatte der zahlreich erschienenen Kollegen löste die Meinung aus, daß die eingetragene Zulage noch lange nicht den Wünschen entspreche, die die Kollegen auf die diesmaligen Verhandlungen gesetzt haben, und daß wohl nach Beendigung der Verhandlungen die Umabstimmung das letzte Wort spreche. Freudig begrüßt wurde es, daß unsre Vertreter den Prinzipalen ein kritisches „Mein“ in dieser Angelegenheit entgegenzusetzen haben. Ferner wurde das Verhalten einer hiesigen Firma gebührend gewürdigt, die schon wiederholt wegen Entlassung des Betriebsratsgeheils umgangen hat. Hier zeigte sich, daß es Pflicht der Betriebsräte und Obleute ist, bei derartigen Vorhommeln mit der Organisation engste Fühlung zu halten. Aus der Versammlung heraus wurde der Wunsch geäußert, dem Vorsitzenden Zukovskij für sein Verhalten in dieser Angelegenheit ein Vertrauensvotum auszusprechen. Des weiteren wurde noch über eine geplante Grauerunterstützung für Arbeitslose zum Weihnachtsfest debattiert.

Chemnitz. Eine wohlbesuchte Vertrauensmännerung am 5. November erklärte die neue Feuererzulassung als gänzlich ungenügend. Es kam zum Ausdruck, daß die Gehilfenschaft größeres Entgegenkommen seitens der Prinzipale erwarten dürfte, nachdem die Kriegsjahre hindurch und auch bis in die letzte Zeit die Prinzipale das gleiche von den Gehilfen gefordert und auch Verständnis gefunden hatten. Die Zulage wurde als ein Trinkgeld bezeichnet, hingesehen auf die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft gestiegenen und weiter ansteigenden Lebensmittelpreise. Schärfste Verwahrung wurde gegen die Verneinung der Preisfestlegung durch die Prinzipalvertreter im Tarifauschuss eingeleitet und die Gehilfenvertreter aufgefordert, die Interessen ihrer Mandatgeber rücksichtslos zu vertreten. Die Versammelten erklärten ausdrücklich, in jeder Beziehung hinter ihren Vertretern zu stehen, was auch in einem an den Verbandsvorstand gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht wurde.

-dI. Donaowörth. Am 21. November beging unser werker Kollege, der Korrektor K. W. Sehmütz, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Geboren am 3. März 1855 zu Weihenburg i. B., trat er nach Besuch der dortigen Volkshochschule und drei Jahre Lateinschule in Regensburg am 21. November 1870 in die J. Demmler'sche Buchdruckerei (Michael Wassen) dortselbst als Lehrling ein. Ausgelernt am 21. November 1874, fand er noch einige Monate in der Buchdruckerei in Koblentz, trat im März 1875 in die Buchdruckerei des katholischen Erziehungsvereins in Neuburg a. D. ein und siedelte mit dieser Druckerei im Dezember 1875 nach Donaowörth über. Bis 1. Juli d. J. war er in obengenannter Buchdruckerei (nunmehr Buchhandlung Ludwig Luer, Pädagogische Stiftung Callianum) als Seher, vom Jahre 1892 ab als Korrektor tätig mit einer kurzen Unterbrechung, während der er im Jahre 1878 auf die Reise ging und dann in Nürnberg einige Zeit Kondition fand. Seit 4. Juni 1875 ist er Verbandmitglied und hat in diesen vielen Jahren in verschiedenen Ämtern gewirkt. Mit Kriegsausbruch 1914 übernahm er das Amt des Hallerers, das er mit großer Gemessenhaftigkeit bis heute verwaltet. Möge ihm noch ein schöner Lebensabend in körperlicher und geistiger Frische beschieden sein!

Freiburg i. Br. Die Versammlung am 6. November beschäftigte sich mit dem vorläufigen Ergebnis der Tarifauschussverhandlungen. Mit Entzückung nahm die Versammlung Kenntnis von dem mehr als minimalen Ausfall der Feuererzulassung; ganz entschieden wurde die Abschaffung der Entschädigung bei Verkürzungsarbeiten beschlossen. Man konnte es nicht verstehen, daß fast einer geforderten Zulage von 50 Mk. nur 10, 15 und 20 Mk.

bewilligt seien, da die Feuerer gerade in den letzten Wochenlebensmittel: Brot, Margarine und Milch (von Fleisch und Fett ganz abgesehen), kosten jetzt das Zehnfache wie vor dem Krieg, und unsere Löhne betragen jetzt ungefähr das Sechsfache. Auch verschiedene Aufhebungen des festgelegten Schliebs bei den Verhandlungen erliefen eine scharfe Beurteilung. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: „Die zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Freiburg i. Br. am 6. November betrachtet die bewilligte Feuererzulassung in Verbindung mit einer Herabsetzung der Vergütung bei Verkürzungsarbeiten als höchst unzulässig. Die Verbilligung der Gehilfen und als Herausforderung. Sie fordert die Gesamtkollegenchaft zum energischen Protest auf. Die Versammlung erblickt ferner in verschiedenen Aufhebungen des Geschäftsführers des Tarifamts, Kollegen Schliebs, während der Tarifverhandlungen einen Vorstoß gegen die Gehilfeninteressen. Es kann nicht die Aufgabe eines Kollegen sein, selbst wenn er Geschäftsführer des Tarifamts ist, derartige Aufhebungen zu tun und Vorschläge zu machen, wie es Kollege Schliebs getan hat. Die Versammlung vermahnt sich entschieden dagegen, daß von einem Kollegen derartig gegen die Gehilfenschaft gearbeitet wird.“

Glauchau. Zu unserer Versammlung am 9. November waren fast sämtliche Kollegen erschienen. Vorsitzender K. Freher wies auf die Bedeutung des 9. November als Revolutionsfeiertag hin. Der Tag wurde von den Kollegen der zwei hiesigen Zeitungsdruckereien durch Arbeitsruhe begangen. Sodann erregte die neue Feuererzulassung heftige Debatte. Sie wurde allgemein als zu niedrig bezeichnet und beschlossen, folgende Resolution an den Gauvorstand und Verbandsvorstand abzugeben: „Die am 9. November vollständig besuchte Versammlung des Ortsvereins Glauchau erhebt scharfen Protest gegen die geringe Feuererzulassung und beauftragt den Gauvorstand, dahin zu wirken, daß bei den weiteren Tarifverhandlungen der Grundlohn entsprechend erhöht wird.“ Der hier getriebenen Lehrstuhlsabteilung sind alle Lehrstühle beigegeben.

Sena. In einer am 9. November abgehaltenen außerordentlichen Ortsvereinsversammlung, die sehr gut besucht war, wurde Stellung genommen zu der uns vom Tarifauschuss behelderten Feuererzulassung. Alle zu Worte kommenden Kollegen vorurteillos scharf, daß die Zulage so gering ausgefallen ist und den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Nach längerer sachlicher Aussprache gelangte folgende Entschädigung einstimmig zur Annahme: „Die am 9. November tagende außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Sena spricht bezüglich der neuen Feuererzulassung dem Tarifauschuss scharfe Mißbilligung aus. Diese minimale Zulage, die nicht im geringsten den heutigen Verhältnissen entspricht, legt Zeugnis ab von dem logischen Unverständnis der Buchdruckerspraxis. Die Gehilfenvertreter werden ersucht, sofort erneut den Antrag auf Erhöhung der Feuererzulassung zu stellen, um einen einigermaßen den Verhältnissen entsprechenden Lohn den Gehilfen zukommen zu lassen.“

Liebenwerda. Die fast vollständig besuchte Ortsvereinsversammlung vom 6. November nahm nach Entgegennahme des Jassen- und Kartellberichts Stellung zu dem Ergebnisse der Tarifauschussprüfung. In lebhafter Debatte kam die Unzufriedenheit mit dem Erreichten zum Ausdruck. Besonderen Anstoß erregte es, daß gerade die kleinen Druckereien, welche nachweisbar den großen an Feuerer nicht nachstehen, keine größere Zulage erhielten. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgender, einstimmig angenommener Resolution zusammengefaßt: „Die heute tagende Versammlung des Ortsvereins Liebenwerda ist mit dem Beschlusse des Tarifauschusses vom 3. November nicht einverstanden. Die gewährte Zulage ist absolut unzulänglich, um der Gehilfenschaft einigermaßen auskömmliche Lebensbedingungen zu gewähren. Speziell in kleinen Druckereien mit niedrigen Lokalzuschlägen stehen wir Buchdrucker um 100 Mk. pro Woche schlechter da als die übrigen gelehrten Arbeiter. Wir hätten von den Gehilfenvertretern erwarten, daß sie bei den Verhandlungen mehr Rücksicht gezeigt hätten.“ Weiter wurde noch beschlossen, hier durchreisenden Kollegen freies Nachtquartier zu gewähren.

Regeln. Die am 6. November abgehaltene Versammlung beschäftigte sich in eingehender Weise mit den uns zugestellten „Feuererzulassungen“. Die Versammlung erkannte die vom besten Willen geleiteten Bestrebungen unserer Gehilfenvertreter, eine erhöhte wirtschaftliche Verbesserung herauszuschlagen, an, sprach aber den Prinzipalvertretern jedes soziale Empfinden gegenüber ihren Arbeitern ab. Die diesseitige Gehilfenschaft ist nicht mehr bereit, sich mit solchen Vorfällen abfinden zu lassen. Besondere Mißbilligung verdient die Vebau der Entschädigung bei verkürzter Arbeitszeit. Die Bedeutung dieses Abkommens werde die Gehilfenschaft im Hochmutter oder bei anderer Gelegenheit verspüren. Nach Annahme eines Kollegen hielt Stadtrat Zilger einen Vortrag über: „Das Versicherungswesen“, der reichen Beifall fand. Den beiden an der Sachlage amtierenden Kollegen wurde eine Entschädigung für ihre Mühe gewährt, ebenso auch eine Beihilfe für die Bekämpfung für besondere Ausgaben. Die am Orte befindlichen Arbeitslosen werden noch besonders unterstützt, wofür ein erhöhter Ortsbeitrag von 1 bis 2 Mk. erhoben wird.

Münster in Westf. In der Versammlung vom 6. November wurde besonders gut besucht. Die durch den Tarifauschuss vereinbarten Feuererzulassungen können die Gehilfenschaft unmöglich befriedigen, was allgemein zum Ausdruck kam. Die Lebensmittel haben hier eine Preis-

Correspondenzen

Allenburg. Am 8. November nahmen wir in äußerst gut besuchter Versammlung Stellung zu den durch den Tarifauschuss beschlossenen neuen Feuererzulassungen. Die Empörung über die Hungerlöhne der Buchdrucker im allgemeinen und die neue Feuererzulassung im besonderen wurde von allen Rednern unter hümmlichem Beifall der Versammelten drücklich zum Ausdruck gebracht. Nachstehende Entschädigung fand einstimmige Annahme: „Die Buchdruckergehilfenschaft Allenburgs betrachtet die geradezu lächerliche Feuererzulassung von wöchentlich 10 bzw. 15 und 20 Mk. zu ihrem jetzigen Wochenlohn in Höhe von durchschnittlich 206 bis 217 Mk. als eine Verhöhnung und Herausforderung. Ein solches Trinkgeld zahlt das Unternehmertum des Buchdruckergewerbes einer Arbeiterklasse, die geistig in jeder Beziehung auf der Höhe stehen muß, die nach tagsüber anstrengender geistiger Arbeit noch unermüdet ist in dem Bestreben, sich gewerblich und geistig fortzubilden — in der Hauptsache wohl im Interesse des Gewerbes, also der Unternehmer. Erleidet diese Fortbildungsbestrebungen nicht Schaden angesichts einer derartig fraurigen Entlohnung, die andre Unternehmer ihren Arbeitern nicht zu bieten wagen? Wie der Lohn, so die Arbeit.“ Das unzulässige Verhalten der Buchdruckunternehmer muß zum Schaden des Gewerbes ausfallen. Mit diesem geringen Verständnis handeln die Buchdruckunternehmer wie die Ententegegner, die dem deutschen Volk ebenfalls nur so viel geschaffen wollen, daß es nicht ganz und gar verhungert. Die Allenburger Gehilfenschaft erwartet von ihren Berufenen Vertretern, zu denen sie das Vertrauen nicht verloren hat, daß in aller Kürze — nicht erst am 1. April 1921 — erneute Verhandlungen wegen Erhöhung der Feuererzulassung stattfinden, wenn der neue Tarif nicht eine höhere Entlohnung vorstellt. Das Interesse der Tarifgemeinschaft wird nicht gestärkt, wenn der neue Tarif nichts Besseres in idealer und materieller Beziehung bringt als der verlassene. Die Allenburger Buchdrucker sind bereit, wenn die Führer rufen, den Kampf mit dem Buchdruckunternehmertum geschlossen aufzunehmen.“

Mühlhausen. In der Versammlung am 8. November beschäftigte sich u. a. hauptsächlich mit der Erhöhung der Feuererzulassung. Die ganze Versammlung war sich einig, daß diese minimale Zulage so viel wie nichts bedeute. Vier dieser minimalen Zulage dürfte es unmöglich bis 31. März n. J. hielt n. Sie müsse sobald als möglich erneuert werden. Von einem Schiedspruch wäre sicher ein besserer Erfolg zu erwarten gewesen bei einem

Ergebnisse erfahren, die der Gehilfenschaft bei den jetzigen Löhnen es kaum gestattet, das Allernotwendigste zu beschaffen. Für Entlohnung von Karstoffeln, Kohlen usw. für den Winter ist überhaupt kein Geld vorhanden. Die Verletzung der hiesigen Kollegen in ihrer so schwierigen Lage ein Entgegenkommen bei den Prinzipalen zu finden, erwies sich als irrig, indem sie mit leeren Redensarten zertrüffelt wurden. Unter voller Würdigung aller auf der Gehilfenschaft lastenden Bedrückungen eruchte Vorstehender Meister die Verammlung, von einer Stellungnahme zu der jetzt gewährten Steuerungszulage Abstand zu nehmen und Disziplin zu bewahren, um nicht föhrend auf die Tarifverhandlungen einzuwirken. Die Verammlung über den jetzt wendenden Tarif werde den Prinzipalium den Gesamtwillen der Gehilfenschaft erkennen lassen. Die Verammlung entspra diesem Wunsch und befehlt sich ihre Stellungnahme vor. Herr Willi Knäpper, ein Staats- und Volkswirtschaftler, hielt hierauf einen äußerst interessanten Vortrag über: „Moderne Bildungswege“, welcher einstimmigen Beifall und eine sachliche Diskussion auslöste.

Nordenham. In seiner Verammlung am 8. November befehlt sich unser Ortsverein mit dem finanziellen Ergebnisse der letzten Tarifausschüttung und nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die Steuerungsulage von 10, 15 und 20 Mk. als ein geradezu erbärmliches und schlagendes Refusiat der Tarifausschüttung bezeichnet wird. Geradezu unerantwortlich sei es, daß die neue Steuerungsulage bis zum 31. März kommenden Jahres Gültigkeit haben soll. Sei die Gehilfenschaft durch die Verlängerung der Gültigkeit der am 31. August abgelaufenen Steuerungsulage schon gehörig geschädigt worden, so werde die Gehilfenschaft durch die Festsetzung der Gültigkeitsdauer der neuen Steuerungsulage bis zum 31. März h. J. bei der sprunghaften Preissteigerung aller Waren und Bedarfsgegenstände geradezu in ihrer Existenzfähigkeit bedroht. Es müßte den Mitgliebschaften, wo die Entlohnung der andern Arbeiter um ein Bedeutendes höher ist als die der Buchdrucker, die Möglichkeit gegeben werden, die drückendsten Schlichtungsausschüsse zur Festsetzung des Lohnes anzurufen. Wir erwarten, daß der Verbandsvorstand Schritte unternimmt, dies auch im Rahmen der Tarifgemeinschaft zu ermöglichen. Wir sind es uns und unsern Familien schuldig, alle Mienen springen zu lassen, um aus dieser miserablen Lage des dauernden Regenerens herauszukommen und wieder ein menschenwürdiges Dasein zu führen, was bei dem heute in der Provinz gezahlten Lohn einfach unmöglich ist. Des weiteren löst sich die Verammlung der auf der Hamburger Tagung der nordwestdeutschen Ortsausschüsse des V. D. G. B. einstimmig angenommenen Entschließung vollinhaltlich an und erwartet, daß auch der Verbandsvorstand dahin wirkt, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund endlich sich zur Tat aufrafft, um einen Abbau der Lebensmittelpreise und der Preise für Bedarfsgegenstände herbeizuführen.

Münberg. In der Verammlung am 26. Oktober hielt uns Schriftsteller Bröger einen Vortrag über „Die Arbeiter und die Literatur“. Seine selbstnen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Vorstehender Beisitzmid gab uns dann an der Hand von einwandfreiem Material einen interessanten Einblick in die Tätigkeit der „Schutzgemeinschaft der Buchdruckerbesitzer und Zeitungsverleger Deutschlands“. Zum Schluß fanden noch Ergänzungsvorschläge zur Vorstandschaft statt. — Am 7. Oktober wurde die Lehrlingsabteilung der hiesigen Mitgliebschaft aus der Laufe gehoben. Hierzu hatten sich die Lehrlinge, zum Teil mit ihren Angehörigen, zahlreich eingeladen. Gesangsbeiträge des Gesangvereins „Typographia“ sowie Musikvorträge verschiedener Kollegen umrahmten die Feier, bei der Kollege Beisitzmid die Begrüßungsworte und Kollege Bauer die eigentliche Festrede hielt; letzterer wies in markanten Worten auf Zweck und Ziele unserer Lehre

lingsorganisations hin und fand damit lebhaften Beifall. Der Lehrlingsabteilung haben sich bis jetzt fast sämtliche hiesigen Lehrlinge angeschlossen.

Oberhausen (Rheinl.). Am 6. November verammelten sich die hiesigen Kollegen zu einer außerordentlichen Verammlung, um Stellung zu der neuen Steuerungsulage von 10, 15 und 20 Mk. zu nehmen. Das Refusiat wurde mit Entrüstung aufgenommen. Insbesondere wurden Vorwürfe laut gegen den Geschäftsführer des Carlsmas, Kollegen Schliebs, wegen seines Vermittlungsvorschlags von 10 und 15 Mk., nachdem 50 Mk. beantragt waren. Zum Schluß wurde der Bezirksvorstand beauftragt, sofort eine Bezirksverammlung anzuberäumen, um den Bezirksmitgliebschaften Stellung zu geben, zu dem unbefriedigenden Refusiat Stellung zu nehmen.

△ Bezirk Offenbach a. M. (Quartalsverammlung am 8. November.) Zunächst erhte man das Andenken eines verstorbenen Gießerkollegen in der üblichen Weise, worauf dem Gauvorstande vier Kollegen zur Aufnahme empfohlen wurden. Auf die bevorstehende Generalausstellung der Graphischen Vereinigung wurde hingewiesen und eine bessere Beteiligung insbesonders der jüngeren Kollegen an deren Bestrebungen gewünscht. Der Hauptzweck hiesiger Kollegen sei der Beruf, alles andere — Sport und Vergnügen — können wohl erst in zweiter Linie. Wer sich im Berufe nicht vervollkommne und mit der Zeit nicht Schritt halte, komme schließlich unter die Räder. Den Vertrauensleute wird aufgegeben, die Lehrlinge auf die Lehrlingsabteilung im Verbands hizuweisen und dafür zu sorgen, daß alle Lehrlinge beitreten und wir die erste Stelle im Gau einnehmen. Das Refusiat der sehr minimalen Steuerungsulagen wurde bekanntgegeben, besonders empfohlen wird das Studium des Beschlussesprotokolls in Nr. 125 des „Storr.“. Hierauf wurde die gedruckt vorliegende Quartalsabrechnung vorgelesen und die beantragte Entlassung des Kassierers einstimmig ausgesprochen. Wegen Vergehens gegen § 10 Absatz b des Statuts stellte der Bezirksvorstand Antrag auf Ausschluß eines Mitgliebs (Nichtantreten von Ferien). Eine gewaltige Debatte wurde heraufbeschoren, die damit endete, daß sich der betreffende Kollege verpflichtete, seine Ferien noch bis Ende dieses Jahres zu nehmen. Hierauf zog der Bezirksvorstand seinen Ausschlußantrag zurück. Um den arbeitslosen Kollegen eine Weihnachtsstunde bereiten zu können, wurde beschlossen, eine Extrafeier von 1,50 Mk. pro Woche zu erheben. Auch hierbei zeigte sich, daß mancher Kollege es sich lieber 10 Mk. für Sport kosten läßt, als einige Pfennige für arbeitslose Kollegen zu opfern. Die Wahlen der Vertreter zur Ortskrankenkasse wurden besprochen und die diesbezüglichen Arbeiten dem Bezirksvorstand überwiesen. Mit einem Appell, in der Verammlung, welche die Berichterstattung über die Tarifverhandlungen aufweist, recht zahlreich zu erscheinen, fand die gutbesuchte Verammlung ihr Ende.

Sts. Am 24. Oktober beschäftigte uns erst dem Frühjahre d. J. hierorts bestehende Graphische Bildungs-gemeinschaft, welcher sämtliche Mitgliebschaften des vor kurzem gegründeten Ortsvereins angehören, die Buchgewerbetreibenden der Handwerker- und Kunstgewerbetreibenden Breslau. Als Gäste beisteigten sich daran auch einige Kollegen aus unsern Nachbarorten Müllisch und Namslau. Allen von uns Kollegen aus der Provinz bot sich dabei in mancher Beziehung etwas Neues, vor allem in den Klassen der Lithographie, Chemigraphie und Zink- und bei manchem Teilnehmer kam der Wunsch auf, recht bald mal selbst einen Kursus an dieser auf das beste eingerichteten Bildungsanstalt mitzumachen. Mit Interesse folgten auch alle Teilnehmer den sehr gut verständlichen Ausführungen leitens der vorragenden Herren, die weder Zeit noch Mühe gescheut haben, den Besuch für alle Teilnehmer recht lobnend zu gestalten. Den Herren sei auch hierdurch der Dank der Vereinigung ausgesprochen.

Potsdam. (Maschinenmeisterverein.) Am 30. Oktober fand unsere fällige Monatsverammlung statt. Nachdem „Geschäftliches“ und „Kassenbericht“ erledigt waren, wurden zwei Kollegen in unsern Verein neu aufgenommen. Als nächster Punkt stand ein Vortrag des Kollegen Steller vom Kreisvorstande Berlin über die Tagesordnung, und zwar über „Rauchs Broschüre: Neuzeilische Ausnutzung der Schnellpresse“. Nach einigen einleitenden Worten wies der Referent auf den Maschinenmeisterkongreß hin, welcher sich auch mit der Rauchschen Broschüre befaßt und dieselbe verbandtschädigend beurteilt habe, da sie eine vollständige Verneinung der Tatsachen bedeute. Rauch will das Problem der Arbeitslosigkeit durch erhöhte Produktion lösen, denn seiner Berechnung nach überwiegt der Stillstand der Maschine bei weitem die Produktion. Er wisse leider, daß eine hastende und drängende Arbeitsweise, bei der niemand die Verantwortung tragen kann, nur unvollständige Arbeiter ergibt, wirklich saubere Qualitätsarbeiten und Arbeiter könnten niemals kommen. Da ein solches Entsem jede Denkhabe ausschaltete und den einzelnen selber zur Maschine mache. Das Ganze sei eine raffinierte Ausnutzung der Arbeiter und müsse aufschärfte verurteilt werden. In der anschließenden Diskussion wurde folgende Resolution vorgeschlagen, die Annahme fand: „Die am 30. Oktober 1920 im Restaurant „Königssee“ in Potsdam tagende Verammlung der Maschinenmeister hat von einem Referat des Kollegen Steller (Berlin) über den Inhalt der Rauchschen Broschüre Kenntnis genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß seine Ideen nicht zur Besserstellung der Lebenslage der Maschinenmeister beitragen. Die Verammelten sind nicht gewillt, sich einem System nach Taylorischem Muster zu unterwerfen.“ Nach Erledigung einiger weiterer Fragen und einer Aussprache über einen demnächst abzuhaltenden Apparatkursus wurde nach Dankesworten an den Referenten die Verammlung geschlossen.

Radebeul-Röthchenbroda. Am 24. Oktober kamen die Kollegen der Röhrichtschichten mit ihren Angehörigen zusammen, um einige frohe Stunden zu verbringen. Seine besondere Bedeutung erhielt der Tag, da wir uns gezwungen sahen, von unserm feierlichen Vorstehenden Otto Kaack (Radebeul) Abschied zu nehmen. Sein Nachfolger als Vorstehender, Kollege Beer, entwarf in launiger Rede ein Bild von der Wirkungsweise des Scheidenden. Fast zwei Jahrzehnte lang behandelte er gleichzeitig die Posten eines Vertrauensmanns, Kassierers und Ortsvereinsvorstehenden. In dieser langen Zeit arbeitete er stets im Sinne des Verbandes und zum Nutzen seiner Mitgliebschaft. Sein sachliches und sicheres Auftreten frug ihm das Vertrauen seiner Kollegen und die Achtung der Prinzipalität ein. Auch außerhalb seines Berufskreises wirkte er. Als Gemeindevorsteher und späterhin als Gemeindefeiler in reichverdienter Vorsorgemende nahm er die Interessen seiner Volksgenossen länger als 15 Jahre wahr. Und zum Zeitpunkt höchster Überbürdung trat er, nun einmüde, an ruhmvolle Beendigung gewöhnt, dem Betriebsrat bei. Kollege Beer schied mit dem Wunsche, der Scheidende möge in seinem neuen verantwortungreichen Wirkungskreise wiederum Genugtuung und Freude am Schaffen finden.

Saalfeld a. d. S. In unsrer Verammlung am 6. November nahm Stellung zu der vom Tarifausschusse vereinbarten Steuerungsulage. Von allen Rednern wurde scharfe Kritik geübt an dem Abkommen, das den jetzt bestehenden Steuerungsverhältnissen in keiner Weise Rechnung frage. Als Ersatz der Aussprache wurde eine Resolution angenommen, in der mit Entrüstung darauf hingewiesen wird, daß die Gehilfensreferenten sich mit diesem Ergebnisse zehnjähriger Verhandlungen zufriedengaben. Die minimalen Zugeständnisse wären nur als Abschlagszahlung zu betrachten und unverzüglich müßten neue Verhandlungen in die Wege geleitet werden.

(Hierzu eine Beilage.)

Gau Dresden

Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, in den „Annenhäusern“,
Nischolaplatz 10. [552]

Dresdener Mitgliebschaftsverammlung

Tagesordnung: Der neue Tarif. Referent: Kollege Willi Kraß (Leipzig). Die Bezirksvorstehenden werden zu dieser Verammlung ebenfalls eingeladen und haben dann in ihren Bezirksorten Bericht zu erstatten.
Allzeitiges Erscheinen unser Kollegen erwartet. Der Vorstand.

Norddeutscher Maschinenmeisterverein (Sitz Hamburg)

Sonntag, den 29. November, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
kleiner Saal oben. [553]

Monatsverammlung

Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit unserer Experten bei den Tarifverhandlungen. Referent: Kollege Paul Schmidt.
An Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet pünktliches und zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

Leutenberger Unterhaltungsabend mit Tanz u. Vorträgen

in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 98/97,
Dietz (Parktheater). Ehemalige Leutenberger herzlich willkommen. [547]
Die „Ehemaligen Leutenberger“.

Welcher Buchdruckereibesitzer würde 24 Jähr. sollden u. strebamea

Schrieffeher

stetig baldigst einstellen? Anweisung wird Zeitungsdruckerei, wo arbeitslos sind in der Provinz einarbeiten oder die lokale Verlagsleitung über die Aufnahme von erstklassigen qualifizierten Können. Mühselige Werbung aus annehmen. Selbst Angebote unter Nr. 547 an die Verlagsstelle dieses Blattes erbeten.

Junges, tüchtiges Monotypsetzer

(Schrieffeher), ledig, gutes Maschinenkenntnis, sucht Stellung. Sal. wohnl. Offerten unter Nr. 545 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Maschinenband

Friedensqualität, helern [349]
Beyner & Wolf,
Döllschütz, Graf-Abels-Str. 112.

Paffendes Weihnachtsgeschenk

Kollegen überall gesucht zum Vertrieb eines guten, leicht veräußlichen Geschenkartikels mit 14 Kar. Goldfeder. Preisliste kostenlos.
G. Bogner, Leipzig-Anger,
Mühlauer Straße 32.

Wie an der Schnellpresse

liegt der Bogen in der neuen Regelmaschine; leicht geschliff. Bogenbleiben unmöglich; aufstell- und aufspannbar, verstellbar. Stellung. 3 Stk., 3,80 Mk., 6 Stk., 7 Mk., 12 Stk., 13 Mk., postfrei. [554]
M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.
Postfachkonto 15612.

Streitene Kriegsgefangenenzeitungen

Fliegerabwürfe usw.
zu kaufen gesucht. [501]
Jugentlerwärtchen, Bonn.

Bar-Kollegen

Photo=

Berggrößerungen

Beriefältigungen

nach jedem eingehenden Bilde, Zeichnung usw. in sauberer und preiswerter Ausführung.
Kunst und Preisliste frei!
Kollegen erhalten 10 Proz. Rabatt oder Provision! [548]
Photoverhältnisse

Adolf Hübel, Barmen

Birgermeister 7 Pl.
Eignes Aufnahmestudio!
Weihnachtsgeschenk!

Sohen Verdienft

kann sich jeder konditionslose Kollege leicht verschaffen, wenn er sich dem Vertriebe meiner Ia-Vertriebe widmet. [530]
Nähres gegen Rückporto durch
M. Friedel, Leipzig-Schillerstr.,
Arnoldstraße 9.

Gaußbriefe auf Büsten 1 Mk. u. 1,25 Mk.; auf Karfor 6,50 Mk. empfiehlt A. Stegl, München 9.

Am 17. November verstarb unser Verbandsveteran, Kollege Gustav Reinke

im Alter von 74 Jahren. 1550
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Verein Steffiner Buchdrucker.

Am 19. November verstarb nach langer im Kriege zuge- zogener Krankheit unser werliches Mitglied, der Buchdrucker

Otto Steinmüller
im 46. Lebensjahre. [551]
Wir werden das Andenken des Verstorbenen allezeit in Ehren halten.

Bezirksverein Rauhbund a. d. S. Maschinenmeisterklub.

Bei Arbeitsmarkt sowie tieferen Angelegenheiten wollen Interessenten der Bezirksvereine wegen den Vertriebes mit Beifügen bei Beiträgen unser einen Mark Beschlüssen, kein Geldpostamt, Geschäftsstelle des „Storr.“

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einsendungen 20 Pfennig des Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzubringen.

Beilage zu Nr. 135. — Leipzig, den 25. November 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Das Buchgewerbe im Auslande

Osterreich. Zum dritten internationalen Buchbinderkongress in Bern wurden auch von Rußland zwei Delegierte, Rubin Meller und W. Michailow, entsandt, denen auch der Auftrag gegeben wurde, nach Schluß des Kongresses in den Mittelmächten Vorträge über die russischen Verhältnisse zu halten. Der Vorstand des österreischischen Verbandes hat dem Ersuchen der beiden Delegierten nicht Rechnung getragen, weil es sich herausstellte, daß Rubin Meller, geboren in Kossow am Don, ausgebildet in Czernowitz, sich als Mitglied des österreischischen Verbandes so manches zuzuschulden kommen ließ, was sich mit der Ehre eines Kollegen und Verbandsmitgliedes nicht vereinbaren läßt. Solche Elemente sind nicht geeignet, sondern als Störpfeiler einer guten Sache zu dienen. Daraufhin hat die „Rote Fabrik“ in Wien einen Lenkungsaufruf an die graphische Arbeiterchaft Österreichs vom Stapel gelassen, den wir hier übergehen können. Es sei dafür lediglich ein Auszug aus der Rede Rubin Mellers gebracht, wie ihn unser holländisches Bruderorgan mitschreibt, dessen Schriftleiter, Kollege Van der Wal, ebenfalls an dem Kongresse teilnahm.

Den beiden Kollegen, so schreibt „Gratisch Weekblad“, wurde die Einreiseerlaubnis in die Schweiz nicht erteilt. Sie kamen aber trotzdem über die Grenze, jedoch drei Tage zu spät, nachdem der Kongress seine Arbeiten bereits beendet hatte. Ein Großteil der Delegierten, darunter auch der österreischische, hatten bereits die Seilreise angetreten, während die übrigen gerade von einem Ausfluge nach Bern zurückkamen. Als die Delegierten aus der Schweiz zurückkamen, wurden sie von den Delegierten aus Rußland empfangen. In Bern, in der Stadt, in der sich der Kongress abspielte, wurde ihnen ein sehr freundliches Entgegenkommen zu Teil. Die Organisation war bei Ausbruch der Revolution noch sehr locker zusammengefaßt, denn in Rußland fand erst in den letzten Jahren vor dem Krieg eine gewisse industrielle Entwicklung statt. Bereits im Jahre 1904 bestand in Rußland eine Buchbinderorganisation, die aber nach der Revolution von 1905 durch die wiedererfarakte Reaktion vernichtet wurde. Sie trat nach kurzer Zeit wieder ins Leben, wurde abermals behördlich stillgesetzt und führte von nun an ein illegales Dasein. Bis zum Kongress von Kessingfors war es bereits zur Ausgabe eines Fachblattes gekommen, welches gleichfalls in illegaler Weise unter die Berufsangehörigen verbreitet wurde. Nach der Revolution von 1917 war die Organisation stark gewachsen und die Anzahl der Mitglieder betrug mehr als zwei Millionen (?). In Moskau wurde nun ein allgemeiner Arbeitsverband gegründet. Die Organisationen hatten volle Freiheit, doch blieben die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit dieselben wie früher. Das wurde nach der Oktoberrevolution im selben Maße anders. Nun bildeten die Organisationen einen Teil der Sowjetmacht; ihre Aufgaben waren dadurch auch andere geworden. Sie hatten dafür zu sorgen, daß die Produktion entsprechend dem Verbräuche geregelt wurde. Die Arbeitspflicht wurde eingeführt. Streiks waren theoretisch wohl gestattet, in der Praxis waren solche aber unmöglich. Bei der Revolution fanden die Bucharbeiter in erster Reihe. Die Diktatur erforderte, daß viele der Arbeiterchaft feindliche Prehorgane verboten wurden, wodurch naturgemäß im Buchgewerbe eine große Arbeitslosigkeit entstand. Dies führte zu einer großen Unzufriedenheit innerhalb der Mitgliedschaft, und es trat eine Spaltung in Menschewiki und Bolschewiki ein. Diese Spaltung durfte nicht bleiben, und deshalb wurden in jedem Gouvernement Verammlungen einberufen, in denen es sich zeigte, daß die roten Elemente gegenüber den „gelben“ die Mehrheit hatten (?), so daß überall in die Zeitung Bolschewiki gedruckt wurden. Diesen gelben Vereinigungen wurde amfangs kein Haar gekrümmt, so daß sie konterrevolutionäre Bewegungen führen konnten. Als die englischen Delegierten in Moskau waren, beschimpften sie die Sowjetmacht, und als Polen Rußland im Auftrag der Entente überfiel, wollten sie sogar einen Streik inszenieren, um den Polen Selbstversdienste zu leisten. Daraufhin wurden natürlich diese gegenrevolutionären Organisationen verboten. Derjenige, welcher der Meinung ist, daß der Kommunismus keine Lebensfähigkeit besitzt, beurteilt die Dinge mit Vorurteil und mit benebeltem Auge. Er vergißt, daß immer mobilisiert wurde und gerade die gefährlichsten Menschen an die Front kamen. Daneben sind viele gewandte und geriebene Arbeiter Spekulanten geworden und haben ihr Handwerk an den Nagel gehängt. Andre sind wieder sehr langsam im Arbeiten, weil sie zu wenig Nahrung bekommen. Die Maschinenlötzer leisten nicht mehr als 6500 bis 7000 Buchstaben pro Stunde (?). Durch ein sogenanntes Prämiensystem könnten die Arbeiter mehr Lohn verdienen und sich dann mehr Nahrung im Geschloßhandel kaufen. Der

schlechte Zustand liegt nicht im System, sondern in den fortwährenden aufgedrungenen Kriegen. Als es einen Augenblick ruhig war, hätte sich das Verhältnis auch direkt verbessert. Die Soldaten kehrten wieder zurück zur Arbeit und die Eisenbahnen waren nunmehr imstande, Getreide aus Sibirien herbeizuschaffen. Doch die Entente will nicht, daß die Sowjetmacht sich ruhig entwickeln kann. Sie will, daß wir zugrunde gehen und wird darin von allen „gelben“ Gewerkschaften unterstützt.

Damit meinte Rubin Meller auch die internationale Gewerkschaftskommission. Gegen diese unbegründeten Bemerkungen protestierten alle Delegierten. Die Fragen, die daraufhin von verschiedenen Seiten an die Rußen gestellt wurden, ließen in ihrer Beantwortung klar erkennen, daß die Zustände zur Zeit in Rußland alles andre nur nicht ideal sind. Als eine weibliche Kongreßteilnehmerin über die Arbeitsverhältnisse und die Entlohnung fragte, erklärte Meller, daß die Bezahlung für Männer und Frauen die gleiche sei. Nach einer vorgelegten Lohnliste ergab sich aber, daß mehr als 30 verschiedene Lohnsätze nach Alter und Tüchtigkeit vorhanden waren und ebenso von qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern die Rede ist. Die Frauen seien in die letztere Kategorie. Und so kamen denn auch die Delegierten des dritten Buchbinderkongresses in Bern zu der Überzeugung, daß in Rußland ebenfalls Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind.

Ungarn. Der Budapestter Maschinenmeisterverein hat sich an den holländischen Verband mit folgendem Hilferufe gewendet: „Durch die traurigen Verhältnisse in Ungarn gezwungen, wenden wir uns an die holländischen Kollegen in der Hoffnung, daß unter Nothwehr nicht ungehörig verhalten wird. Die ungarischen Typographen, im besonderen die Drucker, sind einem traurigen Loos verfallen, ohne jede Aussicht auf baldige Besserung. In keinem Land und in keinem Gewerbe hat der elende Krieg solche Verwüstungen angerichtet als in ungarischen Buchgewerbe. Es wird den holländischen Kollegen nicht unbekannt sein, in welchem Zustande sich unser Land nach einem beinahe fünfjährigen Kriege befindet. Aber was speziell uns Drucker anbetrifft, so mögen die folgenden Siffern ein klares Bild geben: In Budapest arbeiten vor dem Kriege 1207 Drucker und Maschinenmeister, von denen 99 Proz. der Organisation angeschlossen waren. Von diesen waren im Durchschnitt 3 Proz. arbeitslos und die Arbeitslosigkeit betrug durchschnittlich 28 Tage. Der Lohn betrug im Jahre 1914 durchschnittlich 54 Kr. pro Woche. Für dieses Geld bekam man damals 30–34 kg Fleisch, Getreide oder Speck, 56–58 kg Zucker oder 200 kg Mehl. Zur Zeit sind in ganz Ungarn, welches zwei Drittel seines früheren Flächeninhalts eingebüßt hat, 451 Drucker und Maschinenmeister tätig. Allein in Budapest sind mehr als 300 Drucker arbeitslos. Von mehr als 600 Kollegen haben wir noch keine nähere Nachricht erhalten. Ein großer Teil derselben arbeitet nun auf fremdem Gebiete, der andre Teil ist das Opfer des Krieges geworden oder befindet sich noch in städtischer Gefangenschaft. Die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, weil ein großer Mangel an Papier herrscht. Im früheren Ungarn gab es 18 Papierfabriken, jetzt, nach der Abtrennung weite Gebiete, nur noch vier, von denen zwei außer Betrieb sind, weil die Rumänen bei ihrem Rückzuge die Maschinen mitgenommen oder vernichtet haben. Die Einfuhr von Papier ist wegen Mangels an Transportmitteln und der geringen Valuta untes Geldes ausgeschlossen. Der Durchschnittsverdienst eines Buchdruckers beträgt gegenwärtig 450 Kr. pro Woche, wofür man im besten Falle 4 kg Fleisch, 5 kg Zucker oder 26 kg Mehl erhalten kann. Was man vor dem Krieg um eine Krone bekam, kostet nun 75 Kr., während die Arbeitslöhne bloß acht bis zehnmal höher geworden sind. Es gibt einzelne Drucker und Maschinenmeister, die seit ihrer Abstriftung im Jahre 1913 bis heute noch keine Arbeit finden konnten. Die Rumänen nahmen aus Budapest 72 und aus der Provinz 70 Druckpressen mit. In allen Fabriksbetrieben wurden durch die einfallende rumänische Soldateska solche Verwüstungen angerichtet, daß mehrere Jahre nötig sind, um die Schäden auszubessern. Das Zeitungspapier, das im Jahre 1915 noch 16 Heller pro Kilogramm kostete, stellt sich nun auf 34 Kr. Die großen Tagesblätter, die früher bis zu 40 Seiten hatten, sind jetzt auf vier, sechs und acht Seiten eingeschränkt. In Ungarn gab es im Jahre 1915 noch 1001 Druckereien, der heutige Staat hat deren nur noch 459; von diesen haben viele ihren Betrieb infolge der miltären Verhältnisse eingestellt. Was sollen wir in diesem Zustande beginnen? Die meisten Kollegen möchten gern jede Arbeit anfangen, aber es ist keine Gelegenheit vorhanden. Ebenso möchten viele ins Ausland wandern, aber wohin? Die Grenzen sind überall gesperrt. Es ist direkt zum Verzweifeln. Das einzige, was wir noch tun können, ist der Versuch, an die Solidarität unserer Berufsgenossen im Ausland, an die Drucker im besondern, zu appellieren. Wir wissen sehr gut, daß, solange der Kapitalismus besteht, der Zustand der Arbeiterchaft nirgends ein befriedigender ist. Überall sind die Arbeiter mehr oder minder verdrißlich; doch wir können nichts andres tun als klagen. Jetzt, holländische Kollegen, die ihr durch den Krieg nicht im entferntesten so gestiftet habt wie wir, daß ihr von dem Wenigen, das ihr besitzt, noch ein kleines Scherflein bei-

fragen wollt für die Linderung der Noth derjenigen Berufs-genossen, die gar nichts mehr haben. Der ungarische Verband hat seine Miltidat gefast. Er hat sein ansehnliches Kapital für Unterstüßungen verausgabt. Die noch arbeitenden Kollegen bezahlen bereits 25 Kr. pro Woche für die Arbeitsloshauskasse, jedoch ist auch dieser hohe Betrag in Anbetracht der schrecklichen Verhältnisse viel zu gering. Wir überfallen es den holländischen Kollegen, in welcher Weise sie uns helfen möchten, müssen jedoch bemerken, daß von all der Miltidat, die die Kolländer bisher Ungarn erwelen haben, die Buchdrucker keinen Anteil daran hatten.“

Schweiz. Am 23. und 24. Oktober war das erweiterte Zentralamttee in Bern verammelt, um zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Vor allem galt es Posten zu beziehen zu der in Vorbereitung befindlichen Lohnbewegung. Es wurden vor allem die Forderungen des Typographenbundes an den Berufsausschuß aufgestellt und über das tatsächliche Vorgehen die nötigen Maßnahmen getroffen. Je nach dem Verlaufe der Verhandlungen des Berufsausschusses soll eine außerordentliche Delegiertenversammlung stattfinden. Der Berufsausschuß wird voraussichtlich in den ersten Tagen des Dezember zusammentreten, um erstens einmal auf Grund der vom Einigungsamttee beschlossenen und inzwischen aufgenommenen Statistiken die neue Ortschafteneinteilung vorzunehmen, und dann die Forderungen des Typographenbundes, die in der Hauptache auf einer Lohnzulage beruhen dürften, zu behandeln. Der gegenwärtige Lohn wird je länger je mehr unzureichend, die Mittelzins geben andauernd in die Höhe, die Steuern betragen größtenteils eine Summe, die man sich früher nie träumen ließ; so beträgt z. B. die Steuer in St. Gallen (Staatssteuer, Gemeinde-, Schul-, Kirchensteuer) für einen Buchdrucker über 200 Fr., dazu noch die allgemeine Steuerzulage. Es scheint, daß die Einküft sich auch im Prinsipalslager, wenn auch noch vereinzelt, Bahn bricht, denn in einer der letzten Nummern der „Buchdruckerzeitung“ behandelt ein Einsender die „Krisis im Buchdrucker-gewerbe“, und zwar ziemlich resigniert; und doch spricht er am Schluß seiner Ausführungen für ein weiteres materielles Entgegenkommen an die Gehilfenschaft „infolge der anhaltenden Steuerung“. Infolge des voraussichtlich längere Zeit andauernden schlechten Geschäftsganges sei an eine Erhöhung der Druckpreise nicht mehr zu denken. Die Folge werde sein, daß die Unterhändler der Prinsipale, mit den Gehilfen diese Aufgabe bei den Beratungen in Betracht ziehen müßten. Die Prinsipale werden in eine Lohnerhöhung einwilligen müssen, die aber im Einklange stehen müsse mit der Möglichkeit, die gegenwärtige Krisis nicht zur Katastrophe für das Gewerbe werden zu lassen. Damit könne der Gehilfenschaft auch nicht gedient sein. Es wird sich nun bei den Verhandlungen zeigen, ob der Mann bei seinen Kollegen Gehör findet.

Die Arbeitslosigkeit macht immer weitere Fortschritte; die Konditionslosigkeit hat bereits das dritte Hundert überschritten.

Rumänien. Zu den Staaten, die auf Grund des Urteils der Pariser Botschafterkonferenz eine Neugegestaltung auf Kosten anderer Länder erluden und aus diesem Anlasse dem Volk in offizieller Form unter vielem andern auch eine vollständige Pressefreiheit garantierten, gehört ebenfalls Rumänien. Wie es aber in Wirklichkeit damit ausseht, zeigt uns das Schandregime des Generals Averescu. Die Gewerkschaften werden stillgesetzt, die Funktionäre derselben und auch diejenigen der Arbeiterpartei in den Kerker geworfen. Die Zensur wütel mit einer Schärfe, wie es nicht einmal in Rußland während der Zarenherrschaft der Fall war. Vor einigen Tagen wurde erst wieder die Bukarester Zeitung „Luptatorul“ auf 15 Tage inbibiert, weil sie in einem Artikel unter dem Titel „Im weißen Ungarn“ die Zustände im Magyarenreich einer vernichtenden Kritik unterzog. Die Reaktion erhebt wieder mächtig ihr Haupt. Wie schnell sie im Wachen ist, zeigt uns die einfache Tatsache, daß sich im Jahre 1919 128 neue Aktiengesellschaften und Banken mit einem Kapital von 499 105 300 Lei und in diesem Jahre bereits 168 Aktiengesellschaften und Banken mit einem Kapital von 1640 205 900 Lei gebildet haben.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma A. G. A. Meßler Nachf. in Flensburg zahlte dem technischen Personal sowie den übrigen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Mitgliedschaftsbeihilfe in Höhe eines doppelten Wochenlohns, ferner 50 bis 450 Mk. je nach Dauer der Beschäftigung und für jedes Kind 100 Mk. — Die sächsische Verlagsgesellschaft G. m. b. H. in Reuditz machte ihrem seit gut halbjahr lang ausstehenden Personal einschließlich Buchbinder (also trotz schlechter Geschäftsganges) pro Kopf eine Schenkung von 200 Mk., zwei neuangelernte Kollegen erhielten je 100 Mk.

Für reisende Kollegen. Der Druckverein Friedrichs gewährt den durchreisenden Kollegen freies Nachtlager und Frühstück seit 1. Oktober d. S.

Meisterprüfung. In Ansbach legte der Maschinenmeister Heinrich Zierlich die Meisterprüfung ab.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Unser Bezugnahme auf den Aufruf des Tarifausschusses in voriger Nummer zu gemeinsamer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und als Ergänzung zu unserm Artikel in Nr. 119 „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung“ sei hier noch nachgetragen, daß die Kieler Kommission zur Arbeitsbeschaffung für das graphische Gewerbe in letzter Zeit den schon angedeuteten Aufruf „An alle graphischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine Deutschlands“ veröffentlicht hat. Dessen Inhalt deckt sich zum größten Teil mit unserm in Nr. 119 gemachten Angaben. Es werden darin das widerspruchsvolle Verhalten der Regierung hinsichtlich der Sparmaßnahmen bei der Drucksachenvergebung mit ihren wirtschaftlichen Nachteilen für die Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, die große Not der Gelehrten infolge der Bekämpfung von öffentlichen Mitteln für die Drucklegung wissenschaftlicher Werke usw. mit aller Deutlichkeit beleuchtet. Insbesondere der Raub der Geldkäse durch die Drucksachenvergebung wird der Vorwurf gemacht, durch Aufrufe und Artikel, Hinweisen durch die Handelskammern und Einwirken der Spitzen von Magistraten und andern geeigneten Persönlichkeiten der Aufrufbeschaffung für unser Gewerbe zu dienen. Die Geldkäsewelt muß aufgehört werden, daß es nur in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn durch regere Entlastung umfangreicher Tätigkeiten das gesamte Erwerbsleben gehoben wird. Innerhalb des gesamten graphischen Gewerbes muß eine ausgedehnte Bewegung entfacht werden, daß die Tageszeitungen gezwungen sind, redaktionell Notiz von ihr zu nehmen und so auch Reichstag und Landesparlamenten zur Stellungnahme genötigt werden.

Zur Vergebung städtischer Drucksachen. Der städtische Haushaltsausschuß in Halle a. d. S. beschloß sich dieser Tage mit einer Eingabe der dortigen Mitgliedschaft ihres Verbandes, in der gefordert wird, daß die Drucksachen für die städtische Verwaltung nur in den örtlichen tariffreien Druckereien hergestellt werden. Vom Magistrat wurde ausgeführt, daß im allgemeinen nach dieser Regel verfahren wird, aber einzelne Spezialfälle habe man an auswärtige Firmen geben müssen, um sie schnell in der gewünschten Form von Firmen, die gerade auf diese Art Drucksachen eingestellt sind, zu erhalten. Sehr bemängelt wurde in den Verhandlungen, daß städtische Haushaltspläne in einer Druckerei in Halle hergestellt seien, die nicht tariffrei sei. Das sei durchaus unzulässig. Es könnten nur tariffreie Druckereien für solche Arbeiten in Frage kommen. Der Ausschluß erklärte sich schließlich für den Antrag unserer dortigen Mitgliedschaft.

Vergabung amtlicher Druckerarbeiten in Württemberg. Auf eine Beschwerde des Vereines der Stuttgarter Buchdruckereibesitzer hat das württembergische Justizministerium den Behörden seines Geschäftskreises seinen kritischen Erlaß in Erinnerung gebracht, wonach gemäß einer Verfügung des Staatsministeriums Druckerarbeiten nur solchen Buchdruckereien überwiesen werden sollen, welche den Deutschen Buchdruckertarif unterzeichnet haben. In der Beschwerde des Vereines der Stuttgarter Buchdruckereibesitzer wurde auch bedauert, daß manche Behörden bei der Vergabung von Druckaufträgen lediglich den Mindestfordernden berücksichtigen, was hoffentlich in Zukunft ebenfalls unterbleibt.

Verhöbore Erhöhung der Postgebühren für Zeitungen. Auf Antrag aller Parteien hat der Reichstag am 19. November die Befassung der für Zeitungen geltenden ermäßigten Postgebühren bis 31. März 1921 ohne Aussprache einstimmig beschlossen. Wir hoffen, daß diese Erhöhung auch dann nicht mehr notwendig sein wird. Ein entsprechender Abbau der Materialpreise für Post und Eisenbahn könnte die besten Voraussetzungen dafür schaffen.

Abwehr der Gewerkschaftsersplitterung im Buchbinderverband. In einer Sitzung des Beirats mit dem Vorstande des Buchbinderverbandes vom 11. bis 13. November in Berlin wurde zu der Tätigkeit der „kommunistischen Zellen“ Stellung genommen und nach sehr eingehender Debatte mit 19 gegen 14 Stimmen eine scharfe Resolution angenommen, in welcher verlangt wird, gegen diese Bestrebungen, die in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung des Verbandes hinauslaufen, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln anzukämpfen. Wörtlich heißt es darin u. a.: „Die oben genannten Körperstellen erklären nach eingehender Aussprache über die auch in den deutschen Gewerkschaften und in unserm Verbande sich bemerkbar machenden zerstückelnden Bestrebungen, daß die Leitung des Verbandes gegen diese Tendenzen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen hat. Es kann nicht ruhig zugehoben werden, daß einzelne Mitglieder sowohl als auch Gruppen von Mitgliedern in unserm Verbande Bestrebungen propagieren, die nicht nur eine Schädigung des Verbandes und eine Schwächung seiner Position gegenüber seinen natürlichen Gegnern, den Unternehmern, darstellen, sondern in ihren letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung unseres Verbandes hinauslaufen.“ Man kann sagen, daß die genannte Körperstellen einstimmig die Spaltungsbestrebungen verurteilen; denn für die 14 Gegner der Resolution erklärte ein Leipzig'iger Delegierter namens der Gegner, daß auch die alle Zerlegungsbestrebungen auf das Schärfste verurteilen und die Tendenz der angenommenen Resolution teilen. Sie hätten nur dagegen gestimmt, um die von ihnen eingebrachte, milder gehaltene Resolution zur Annahme zu bringen.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. In Nr. 47 (20. Nov.) des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes sind folgende Stellen für befähigte

Gewerkschaftssekretäre ausgeschrieben: Das Bezirkskartell Deggendorf und Umgebung sucht für das Gebiet des Zanerleins Waldes einen Arbeitersekretär. Gehalt nach den Sätzen des Vereines Arbeiterpresse. Bedingungen: tüchtige, energische Kraft, mit allen einschlägigen Gelehen des Arbeiterrechts auf vertraut, mindestens fünf Jahre frei organisiert. Die Bewerbungsschreiben sind bis zum 5. Dezember an den Vorsitzenden des Bezirkskartells, Peter Jäger, Deggendorf, einzureichen unter Einbringung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. — Die vereinigten Gewerkschaftskartelle im Amtsgerichtsbezirk Ehren i. Für. (Oberherrschaff Schwarzburg-Sondershausen) suchen für das neu zu errichtende Arbeitersekretariat in Gehren einen tüchtigen Arbeitersekretär. Bewerbungen sind bis zum 28. November d. J. einzureichen an Bruno Vielack, Gehren i. Schür. — Für die Betriebsräteleitung des Ortsausschusses des DGBZ. und des Ortskartells der IFA in Groß-Stettin wird zum baldigen Antritt ein Sekretär gesucht. Es wird auf eine Kraft gerechnet, die in volkswirtschaftlichen Fragen über ausreichende Kenntnisse verfügt. Gehaltsansprüche sind anzugeben. Bewerbungen mit mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 1. Dezember an den Ortsausschuß Stettin, Arbeitersekretariat, Gr. Odersstraße 18/20, zu richten.

Zum Streikrecht in lebenswichtigen Betrieben. In einer offiziellen Erklärung wendet sich der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) aus Anlaß der Vorgänge beim Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik mit aller Entschiedenheit gegen die von den Moskauern immer wieder eingeschickten Versuche, die Angestellten und Arbeiter lebenswichtiger Betriebe in wilde Streiks zu treiben. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen Entscheidungsstellen zu schaffen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß. Hierbei lehnt der Afa-Bund jede Einschränkung des Streikrechts entschieden ab und protestiert gegen die Verordnung des Reichspräsidenten anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks. Sie stellt nur eine Wiederbelebung des von allen Gewerkschaften abgelehnten Entwurfes der Schlichtungsordnung dar. Ebenso wird die Technische Hilfe nach wie vor als eine beherrschend sanktionierte Organisation des Streikbruchs abgelehnt. Die Grundzüge der Menschlichkeit und der Arbeitnehmersolidarität gebieten es aber, daß die Belegschaft eines Betriebes, dessen Stilllegung das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben aufs empfindlichste berührt, ihre Einstellung in der vorgezeichneten Weise und unter unmittelbarer Mitwirkung einer Körperschaft treffe, die als Vertretung der Gesamtheit aller Arbeitenden angelprochen werden kann.

Der Stand der Arbeitslosigkeit. Nach neueren Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums sind die Zahlen der unterkürzten Erwerbslosen im Reiche nach dem Stande vom 1. November d. J. weiter zurückgegangen. Während nach den endgültigen Feststellungen am 15. Oktober 343398 Erwerbslose unterkürzt wurden, waren es am 1. November 361717. Die Zahl der Familienangehörigen, die als Zuschlagsempfänger unterkürzt werden, hat eine Steigerung von 344882 auf 345306 erfahren. Diese Steigerung erklärt sich aber daraus, daß aus Württemberg, das bisher in dieser Zusammenstellung fehlte, zum erstenmal Angaben über die Zuschlagsempfänger gemacht worden sind. Tatsächlich ist auch die Zahl der unterkürzten Familienangehörigen zurückgegangen. Von den 361717 unterkürzten Erwerbslosen und den 345306 unterkürzten Familienangehörigen, die am 1. November im Reiche gezählt wurden, entfielen 94259 Erwerbslose und 81895 Familienangehörige auf Groß-Berlin, 98253 Erwerbslose und 90447 Familienangehörige auf den Freistaat Sachsen. Die vorstehenden Zahlen geben, wie bei früheren Mitteilungen mit Recht in der Tagespresse hervorgehoben worden ist, in keiner Weise ein erschöpfendes Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit. Einmal sind noch diejenigen Arbeitslosen hinzuzurechnen, die aus irgendwelchen Gründen nicht unterkürzt werden. Bei der Veranschaulichung, die die Voraussetzungen und die Kontrolle der Erwerbslosenunterkürzung im Laufe der Zeit erfahren haben, wird die Zahl dieser nichtunterkürzten Arbeitslosen kaum geringer sein als die der unterkürzten. Weiter trifft die große Zahl der Verkürzungsarbeiten hinzu, die in ihrer Einkommenslage vielfach nicht wesentlich besser daran sind als die voll Erwerbslosen. Auch hier fehlt es leider an brauchbarem statistischen Material. Es kann nur festgestellt werden, daß der Umfang der Kurzarbeit in einzelnen Industrien, beispielsweise in der Textil- und in der Schuhindustrie, erheblich zurückgegangen ist, daß er aber in andern Industrien, insbesondere in der Metallindustrie und dem Holzgewerbe, eher im Zunehmen begriffen ist.

Literarisches

„In Vaters Hofen.“ Lustige Geschichten von Th. Thomas Preis 8 Mk. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“ in Berlin. Eine interessante Sammlung heiterer und erster Geschichten aus dem bürgerlichen, Berufs- und Familienleben der Arbeiterklasse ist in diesem Wädeln in mancherlei Hinsicht neuartig. Der Verfasser verfaßt als erprobter Gewerkschafter neben reicher Lebenserfahrung über eine einfache und doch packende Schreibweise, die das Buch auch für den einschlafenden Arbeiter leicht und verständlich machen. Für den Weihnachtsfest und Weihnachten, erwachsener Löhne und Freunde verdient dieses Buch besondere Beachtung.

„Gegenschläge.“ Roman von Hugo Salomon. Preis 2,50 Mk. Verlag der „Arbeiter“-Buchhandlung in Breslau III. Der Verfasser, ein Arbeiter-Verbandskollege, hat mit diesem Roman einen tieferen Einblick in das soziale und politische Geschehen der proletarischen Massen gewonnen. Realismus und Phantasie ringen hier mit einem klaren und widerspruchsvollen

Schilder einer Arbeiter- und Arbeiterfamilie, wobei deren scharfer Blick zerrissen und zersplittert wird, wie von sprichwörtlichen Mächten bewegt. Lieberhaber ergreifender Romane seien auf dieses Buch ganz besonders aufmerksam gemacht.

Versehiedene Eingänge

„Babenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 21. 31. Jahrgang. 1920. Jahresbezug 10 Mk., Einzelheft 1,20 Mk. Verlag G. Harwitz Nachf. O. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.

„Der Firm.“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Erscheint halbjährlich. Heft 4. 2. Jahrgang. Firm-Verlag, Berlin W 57. Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk., Einzelheft 1 Mk.

„Richtschaff.“ Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Gustav Borchard. Nr. 3. 6. Jahrgang. 1920. Erscheint Mitte jeden Monats. Preis 1,20 Mk. Verlag der „Richtschaff“, Berlin-Görlitzer-Str. 8, Adolfsplatz 1.

„Die Glode.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nr. 22. 6. Jahrgang. 2. Band. Preis 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, O. m. b. H., Berlin SW 68.

„Die Neue Zeit.“ Monatschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 7. 1. Band. 39. Jahrgang. Einzelheft 1 Mk., vierteljährlich 13 Mk. Verlag von J. F. W. Dieckmann, in Stuttgart.

„Sozialistischer Arbeiter.“ Monatschrift des Verbandes sozialistischer Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands und Österreichs. Nr. 38. 1. Jahrgang. Bezugspreis vierteljährlich 6,50 Mk., ohne Postgeb. Verlag „Der Sturm“, Berlin W 9, Potsdamer Straße 134a.

Gestorben

In Berlin am 6. Oktober der Seher Max Mittag aus Silgendorf 65 Jahre alt; Sterbenerkrankung; am 26. Oktober der Seher Max Schürer von dort 39 Jahre alt; Magen- und Brustkrebs; am 27. Oktober der Drucker Max Sedler von dort 72 Jahre alt; Magenleiden; am 28. Oktober der Seher Bruno Heisebarth aus Görlitz, 61 Jahre alt; der Buchdruckereibesitzer Gustav Meyer, 81 Jahre alt.

In Braunschweig der Buchdruckereibesitzer Hermann Meyer. In Dortmund der Buchdruckereibesitzer Karl Brüggenmann. In Hamburg am 9. Dezember der Seher Julius Zimmermann aus Bremen, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 79 Jahre alt.

Briefkasten

Revelo in Afa: Über dieses Thema ist die Diskussion geschlossen und wird nicht mehr aufgenommen. Die Erfüllung Ihrer weiteren Wünsche bezüglich Verleumdung von Belegexemplaren, Informationsquellen usw. müssen wir ablehnen, weil wir dieser Frage vollständig neutral gegenüberstehen und andere Aufgaben im Dienste der Arbeiterinteressen für viel wichtiger halten. — A. B. in B.: Ich nach dem Tarifverhandlung, müssen wir mich, mit den Berichten von dazu Stellungnehmenden Verammlungen voranzukommen, auf die wir mehr Wert legen als auf Artikel einzelner über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen. Da müssen denn Einwendungen wie die Ihrige zurückgelassen werden. Alles zusammen geht doch nicht. — A. B. in B.: Ihre Einwendung vom 19. November erfährt das gleiche Schicksal aus den nämlichen Gründen wie vorstehend. Dann möchte wir Sie einmal darauf hinweisen, daß die Redaktion schon Beweise bekommen hat, weil wir so viel Artikel von Ihnen bringen. Auch wir haben die Auffassung, daß Sie mehr Rücksicht nehmen sollten auf das bei vielen Kollegen auch vorhandene Bedürfnis, Ihre Meinung im „Kor.“ zu äußern. Wer nun ja oft das Wort ergreift wie Sie, beinträchtigt die andern in der Meinungsfreiheit. Da müssen wir ausgleichend eingreifen und eruchen Sie, etwas Zurückhaltung zu üben. Wir hoffen, daß es bei Ihnen nur dieses Interesse befragt. — A. B. in B.: Sind Sie ruhig, wenn mit dem Kartell die Rücksicht einermachen vorüber ist. — A. B. in B.: O. H. in S., P. E. in B., U. B. in E.: Es wird hiermit Entzifferung befragt. — M. in B.: Ihren Beitrag müssen wir mit einem schon eingegangenen in Verbindung bringen, soweit das ohne Doppelten möglich ist. — A. B. in B.: Wird aufgenommen. — C. B. in Westfalen a. d. O.: Bei der für jedes Verbandsmitglied bestehenden Verpflichtung, vor Annahme einer Kandidatur rechtzeitige Gründigungen beim zuständigen Gewerkschaft einzuziehen, sind spezielle Erläuterungen notwendig. — C. B. in E.: In Stettin: 670 Mk. — A. B. in B.: 11 Mk.

Kollegen, die der ungarischen, serbischen und bulgarischen Sprache mächtig und geneigt sind, sich als gelegentliche Mitarbeiter am „Kor.“ zu betätigen, werden gebeten, mit uns in Verbindung zu treten. Die Redaktion.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Polizeihandlo der Verbandskasse
Auf den Namen unfres Verbandskassiers B. Schweinik, Berlin SW 29, ist beim Polizeiamte Berlin unter der Nr. 102387 ein Polizeihandlo eröffnet worden.

Bezahlung der Verbandsgebühren
Die Aufforderung zur Bezahlung der von der Firma Kadell & Sille bezogenen Verbandsgebühren („Kor.“ Nr. 120 und 121) haben eine Anzahl von Bezahlern nicht beachtet. Wir erlauben dabei nochmals um eingehende Einzahlung der restierenden Beträge an den Verbandskassierer B. Schweinik, Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II (Polizeihandlo Berlin Nr. 102387). Die Namen derjenigen, welche ihrer Verpflichtung bis zum 15. Dezember nicht nachgekommen sind, werden wir an dieser Stelle veröffentlichen.
Der Verbandsvorstand.

Abwesenveränderungen

Barmen. (Maschinenmeistervereine.) Vorsitzender: Otto Kellingertal, Friedstraße 47; Kassierer: Adolf Rendel, Langenberg, Wulfseshohl 4.

Oberkirchweiden. (Bezirk.) Vorsitzender: Fritz Jiland, Ravensburg, Marktstraße 17; Kassierer: Otto Schlegel, Ravensburg, Kirchstraße 6.

Zweibrücken. Kassierer: Franz Feig, Sonnenstraße 4.

Verammlungskalender

Barmen. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal Hansmann, Cutila (Höllchen). Bezirksverammlung Sonntag, den 28. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Oalshof „Stadt Alet“, Am Markt.

Kirchberg i. Schf. Bezirksverammlung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 10 Uhr, im „Teufelshof“, Kappelberg.

Stoburg. Bezirksverammlung Sonntag, den 5. Dezember, vormittags 9 Uhr, in der „Sozialraubaubersiedelung“ in Stoburg, Anträge bis 30. November erbeten.

Magdeburg. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 28. November, vormittags 11 Uhr, im „Grünen Baum“, Ecke Kleine ElsterstraÙe.

Gangerhausen. Bezirksverammlung Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, im „Preußischen Hof“ in Gangerhausen.